

## **Forderungspapier: Sozial-gerechter Klimaschutz – (niedersächsische) Verantwortung in der Koalitionsverhandlung**

Sehr geehrter Jakob Blankenburg,  
sehr geehrter Tilman Kuban,  
sehr geehrter Olaf Lies,  
sehr geehrter Johann Saathoff,

**angesichts der zum Teil noch sehr unscharf und vor allen Dingen rückwärtsgewandt entwickelten Ideen aus den Arbeitsgruppen der Vorbereitung der Koalitionsverhandlungen müssen wir ausdrücklich als NiedersachsenZero darauf hinweisen, dass es jetzt auch an Niedersachsen liegt, Landes-Bedürfnisse auf Bundesebene eindeutig zu adressieren und auch durchzusetzen. Sonst kann weder das Ziel des niedersächsischen Klimagesetzes noch das im Grundgesetz festgehaltene bundesweite Ziel hinsichtlich der Klimaneutralität erreicht werden!**

Mit Ihren Erfahrungen können Sie nun zu entscheidenden Meilensteinen beitragen, die nicht nur im Koalitionsvertrag festgehalten werden dürfen, sondern aktiv eingefordert und in der neuen Legislaturperiode aktiv umgesetzt werden müssen.

Die Standardeinstellung, um ein gutes Leben für alle zu erreichen, muss Kooperation statt Konkurrenz und Miteinander statt Gegeneinander sein.

Für das große Vorhaben gute Lösungen in den Koalitionsvertrag zu verhandeln, braucht es den Dreiklang aus wollen, wissen und können:

- Dass Sie das WOLLEN, davon müssen wir ausgehen.
- Dass Sie das WISSEN dazu haben, versprechen wir uns von den Ihnen zugänglichen Ressourcen und Beratungsmöglichkeiten.
- Dass Sie das KÖNNEN, sehen wir in Niedersachsen.

**Denn: Wir haben kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit und wir erwarten, dass Sie dieses mit der nötigen Ernsthaftigkeit verantwortungsvoll angehen.**

*Disclaimer: Dieses Dokument ist ein kurzfristig und von Ehrenamtlichen erstelltes. Es hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit und womöglich werden Sie Rechtschreibfehler finden. Bei Fragen | Gesprächsbedarf | Beratungswünschen kommen Sie bitte auf uns zu: [forderungen@niedersachsenzero.de](mailto:forderungen@niedersachsenzero.de)*

**Konkrete Maßnahmen, die auf Bundesebene eingeführt werden müssen, um Klimaneutralität zu erreichen, finden Sie hier:**

1. <https://germanzero.de/loesungen/mapping-zero>
2. <https://germanzero.de/loesungen/klimanotstandspaket>
3. [https://germanzero.de/gz-media/pages/assets/bba00f072f-1675869117/1.5-grad-gesetzespaket\\_germanzero\\_02\\_2022.pdf](https://germanzero.de/gz-media/pages/assets/bba00f072f-1675869117/1.5-grad-gesetzespaket_germanzero_02_2022.pdf)

## 1. Klimaschutz als Verpflichtung – Einhaltung bestehender Gesetze

- Die Klimaschutzmaßnahmen müssen konform mit dem Bundesklimaschutzgesetz und Artikel 20a des Grundgesetzes sein, der den Staat verpflichtet, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.
  - Zusätzlich muss auch die Grundgesetzänderung zu Klimaneutralität bis 2045 und damit der neue Investitionsspielraum genutzt und mit Leben gefüllt werden, um dem gerecht zu werden.
  - “Die in Art. 143h GG enthaltene Klimaneutralität begründet demnach keine Handlungspflicht für jede staatliche Gewalt, sondern formuliert lediglich eine Zweckbindung für eine Investitionsermächtigung. Klimaneutralität in Art. 143h GG ist gewissermaßen spezifisches (Budget-)Recht und nicht – wie in Art. 20a GG – allgemeine staatliche (Handlungs-)Pflicht”  
<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/sondervermoegen-klimaschutz-klimaneutral-grundgesetz-2045>
- Der jüngste EU-Klimaschutzrahmen sowie das Niedersächsische Klimagesetz fordern eine konsequente Emissionsminderung, die sozial ausgewogen gestaltet werden muss.
- Die Umsetzung des Klimaschutzprogramms darf nicht weiter verschleppt werden. Deutschland ist bereits auf dem Weg, seine Klimaziele zu verfehlen. Dafür bedarf es strategische Lösungen, wie:
  - Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern
    - Kommunale Pflichtaufgaben stellen offensichtlich umsetzbare Ansätze dar, die auf Durchführbarkeit auf Bundesebene geprüft werden müssen:  
[https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/klima/klimaschutz\\_in\\_niedersachsen/klimaschutz-in-niedersachsen-200413.html](https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/klima/klimaschutz_in_niedersachsen/klimaschutz-in-niedersachsen-200413.html)
  - Vorhandenes Geld zukunftsorientiert clever steuern:
    - Nachhaltigkeitskriterien für Finanzspritzen für Länder und Kommunen
    - Bundesnachhaltigkeitshaushalt nach der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie endlich umsetzen. Ländern und Kommunen als Vorbild vorangehen und aktiv die Einführung von Nachhaltigkeitshaushalten einfordern
  - Synergien schaffen und systemrelevante Bereiche schützen plus unterstützen:
    - Beispiel Niedersachsen:  
<https://www.klimaschutz-niedersachsen.de/zielgruppen/unternehmen/KiSs/index.php>

## 2. Klimagerechtigkeit als soziale Gerechtigkeitsfrage

- Die Klimakrise trifft wirtschaftlich benachteiligte Gruppen und zukünftige Generationen am stärksten. Entsprechend müssen Maßnahmen sozial abgedeckt werden und breite gesellschaftliche Akzeptanz finden.
  - Ein Klimarat, bestehend aus Wissenschaft, Interessenvertretung und zufällig ausgelosten Bürger\*innen, kann in einem interdependenten Prozess, klaren Mandatierungen und Zuständigkeiten sowie einem geregelten Umgang mit

den Ergebnissen dazu beitragen Spannungsfelder abzubauen, Wechselwirkungen aufzuzeigen, Synergien priorisieren und so Akzeptanz für Maßnahmen aufzubauen.

- Der niedersächsische Klimarat soll eine solche Richtung einschlagen. Hieran muss ein Beispiel genommen werden. Für Niedersachsen gilt dann auch: Der Klimarat muss wirkungsvoll eingesetzt werden und das bald.
- Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie muss als Steuerungsinstrument genutzt werden und fordert eine umfassende Einbettung von sozialer Gerechtigkeit in die Klimapolitik. Dies muss sich sowohl im Haushalt als auch in konkret in Maßnahmen widerspiegeln.
- Wir fordern eine klimagerechte Steuerpolitik: Subventionen für fossile Energien müssen auslaufen, während einkommensschwache Haushalte beim Klimaschutz unterstützt werden (z.B. durch das Klimageld oder gezielte Förderprogramme für energetische Sanierungen). Ungleichheiten müssen ernsthaft bekämpft werden. Dabei bedarf es transparenter Kommunikation und Aufklärung, statt Angstmache.
  - “366 Milliarden Euro würde eine einmalige Vermögensabgabe für Superreiche in die öffentlichen Kassen spülen, zeigt eine neue Analyse. Damit ließe sich die Klimafinanzierungslücke bis Ende des Jahrzehnts schließen”  
<https://www.klimareporter.de/finanzen-wirtschaft/studie-tax-the-rich>

### 3. Rolle der Bundesländer und Kommunen – Niedersachsen als Vorbild

- Die Bundesländer und Kommunen sind zentrale Akteure für die Umsetzung von Klimaschutz und benötigen daher dringend finanzielle Unterstützung.
  - Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern
    - Kommunale Pflichtaufgaben stellen offensichtlich umsetzbare Ansätze dar, die auf Durchführbarkeit auf Bundesebene geprüft werden müssen:  
[https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/klima/klimaschutz\\_in\\_niedersachsen/klimaschutz-in-niedersachsen-200413.html](https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/klima/klimaschutz_in_niedersachsen/klimaschutz-in-niedersachsen-200413.html)
  - Niedersachsen muss mit gutem Beispiel voran gehen und die übrigen 640 Millionen Euro für Kommunen mit Nachhaltigkeitskriterien versehen
  - Maßnahmenkataloge mit Nachhaltigkeitskriterien müssen zugänglich und attraktiv für Kommunen angeboten werden. Es bedarf der aktiven Aufforderung zur Umsetzung empfohlener Maßnahmen.
  - Einige Beispiele mit Maßnahmen:
    - <https://www.lag21.de/themen/best-practice-nachhaltige-entwicklung/>
    - <https://klimaweg.net/>

### 5. Kommunikation in unsicheren Zeiten braucht Strategie

- Es bedarf einer Kommunikationsstrategie
  - mit mindestens folgenden Merkmalen:
    - Zielgruppenspezifisch | ehrlich | transparent | durchfinanziert  
| bürger\*innennah | sichtbar
  - um folgenden Mehrwert zu schaffen:

- sorgt für Verständnis und stärkt Akzeptanz | Werkzeug, um Allianzen und (gesellschaftliche + politische) Mehrheiten zu bilden | Transportmittel wissenschaftlicher Erkenntnisse | Motivation und Selbstermächtigung gesellschaftlicher Akteur\*innen

## 6. Demokratie und Klimaschutz gehören zusammen

- Der gesellschaftliche Rechtsruck gefährdet eine sachliche Auseinandersetzung mit Klimaschutzmaßnahmen und bindet politische Kapazitäten.
- Klimaschutz kann nur in einer starken Demokratie funktionieren. Niedersachsen muss sich auf Bundesebene klar gegen Kooperationen mit rechtsextremen und klimawandelleugnenden Parteien positionieren
  - Das gilt auch für Ämter, wie Ausschussvorsitzende, etc.
- Staatsverantwortung ist nicht neutral. Staatsziele müssen aktiv verfolgt und umgesetzt werden. Staatsziele sind z.B. im GG verankert
  - **Demokratie, Sozialstaat, Bundesstaat, Rechtsstaat** (Art. 20 GG)
    - Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat mit Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit.
  - **Umweltschutz/Klimaschutz** (Art. 20a GG)
    - Der Staat schützt die **natürlichen Lebensgrundlagen** und die **Tiere** im Interesse künftiger Generationen.
  - uvm.

## 7. Debattenkultur – Sie als Vorbild

- Respektvoll, konstruktiv, lösungsorientiert
- Wertschätzend und wohlwollend, statt fehlersuchend. Eine konstruktive Fehlerkultur muss etabliert werden.
- Neugierig, statt eingefahren: Marode Systeme brauchen neue Werkzeuge für zukunftsfähige Lösungen.
- Wirkung braucht Mut: Stehen Sie aktiv für sozialgerechten Klimaschutz ein! Schmieden Sie Allianzen mit der Zivilgesellschaft und anderen Akteur\*innen. Finden Sie gesellschaftliche Mehrheiten. Gehen Sie neue Wege.
  - Niedersachsen hat mit dem "Niedersächsischen Weg" gezeigt, dass Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Wirtschaft und Umweltschutz funktionieren kann. Diese Art der Kooperation muss landes- und bundesweit kopiert und auf weitere Sektoren ausgeweitet werden.
- Kompromisse: Ja. Bitte dabei beachten, welche Personengruppen die Kompromisse in einer negativen Art und Weise betreffen. Sind die Kompromisse fair und mit Betroffenen ausgehandelt, oder ruhen sich diese auf benachteiligten Gruppen aus?
  - Achtung: Die Besetzung des 21. Bundestages ist nicht repräsentativ: "Der durchschnittliche Abgeordnete ist: männlich, 47 Jahre und Akademiker. Frauen sind in den Reihen des Parlaments eine Minderheit. Auch andere soziale Gruppen, etwa Arbeiter und Migranten, sind deutlich schwächer vertreten als in der Bevölkerung insgesamt"
    - <https://www.deutschlandfunk.de/bundestag-zusammensetzung-frauen-repraesentanz-102.html>

- Werkzeuge, wie Bürger\*innenräte, können hier für mehr Sichtbarkeit sorgen. Es bedarf allerdings auch einer spürbaren Wirkung nach Beteiligung, da sonst Frustration überwiegt.
- Zuhören lernen und Bürger\*innen ernst nehmen.
  - Formate, wie die Werkstatt der Mutigen, tragen dazu bei: <https://werkstatt-der-mutigen.org/>
  - Auch wirkungsvolle Bürger\*innenräte unterstützen: <https://klimamitbestimmung.de/>
- Mit dem Direktmandat kommt neben parteipolitischer Arbeit die Aufgabe hinzu, Ihren Wahlkreis zu vertreten
- Wir appellieren daran, dass Sie sich der Verantwortung als MdB bewusst stellen
- **Wie möchten Sie debattieren?**
  - <https://www.freie-radios.net/serie/debattenunddiskussionskulturinlueneburg>

Nutzen Sie Ihre Verantwortung!

Mit klimafreundlichen und zukunftsorientierten Grüßen,

Karla Bauszus

Martin Hulpke-Wette

Peter Eckhoff

Johannes Zieseniß

Timon Schulze Buschhoff